

SP kämpft gegen Steueroasen

STEUERPOLITIK ca. Die SP ist unzufrieden mit der Steuerpolitik in der Zentralschweiz. Ihrer Ansicht nach produziert der Steuerwettbewerb, bei welchem die Zentralschweiz weit vorne mitmisch, mehr Verlierer als Gewinner. Entsprechend hat sie in Luzern und Schwyz Initiativen lanciert, in anderen Kantonen sind Vorstösse hängig oder geplant.

Um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, lud die Zentralschweizer SP gestern in Luzern zur Medienkonferenz mit den SP-Präsidentinnen Felicitas Zopfi (Luzern) und Barbara Gysel (Zug), Beat Ettlin, Präsident der SP Nidwalden, sowie dem Schwyz Nationalrat Andy Tschümperlin (Einsiedeln). «Die Bilanz geht nicht mehr auf», erklärte Felicitas Zopfi zum Steuerwettbewerb. «Während in den letzten Jahren die Steuerbeträge sanken, stiegen die Mieten. Viele Menschen merken, dass sie weniger oder gar keine Prämienverbilligung mehr bekommen.»

Meist auf verlorenem Posten

In den bürgerlich dominierten Zentralschweizer Kantonsparlamenten stehen die SP-Parlamentarier mit ihren Anliegen zur Steuerpolitik allerdings meist auf verlorenem Posten, belegen die Sozialdemokraten im Kanton Luzern doch gerade einmal 16 der 120 Kantonsratssitze (ZG: 8 von 80, SZ 10 von 100, UR 11 von 64, NW 3 von 60, OW 6 von 55). Dennoch ist die SP überzeugt, dass in der Bevölkerung in Sachen Steuerpolitik ein Umdenken stattfindet. Felicitas Zopfi: «Auch bei bürgerlichen Wählern nimmt das Bewusstsein zu, dass es so nicht weitergehen kann – stärker als bei den bürgerlichen Parlamentariern.» Auch angesichts der Tatsache, dass auch Avenir Suisse nach der Masseneinwanderungsinitiative vorschlug, auf Standortförderung und gezielte Steuervergünstigungen zu verzichten.

Um das Thema zu vertiefen, gründete die Zentralschweizer SP vor einiger Zeit die Arbeitsgruppe Steuerpolitik. Ziel ist es, dass sich die Mitglieder – meist Kantonsparlamentarier – besser vernetzen und Erfahrungen austauschen können. «Das macht uns stärker», ist Zopfi überzeugt.

Dass durch die Zusammenarbeit die politische Landschaft der Zentralschweiz umgekrempelt wird, ist unwahrscheinlich. Oder wie es die Zuger SP-Präsidentin Barbara Gysel sagt: «Wir verfolgen eine Politik der kleinen Schritte.»

Jetzt wird das Niveau gesenkt

LEHRPLAN 21 Die Lernziele für die Volksschule sollen in gewissen Bereichen reduziert werden. Die Luzerner Lehrer freut dies – Politiker warnen.

GUY STUDER
guy.studer@luzernerzeitung.ch

Die Deutschschweizer Bildungsdirektoren haben den neuen Lehrplan 21 kräftig durchleuchtet und zahlreiche Änderungen in Auftrag gegeben (Ausgabe von Samstag). Unter anderem wird der Umfang des Lehrplans um 20 Prozent abgespeckt. Doch reduziert wird nicht nur quantitativ, sondern in gewissen Bereichen auch qualitativ: So



«Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu weit runtergehen.»

PETER ZOSSO,
KANTONS RAT (CVP)

sollen die Anforderungen in Fächerbereichen wie Musik oder Ethik/Religionen gesenkt werden. Und auch in den Hauptfächern Deutsch, Mathe und Fremdsprachen sollen die Anforderungen zumindest nochmals überprüft werden. Welche Inhalte im Detail betroffen sind, ist noch unklar.

Annamarie Bürkli, Präsidentin des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbands, findet es notwendig, dass Kompetenzen teilweise angepasst werden. Schliesslich müsse die grosse Mehrheit der Schüler die definierten Lernziele auch erreichen können. Das bedeute aber keine Fokussierung auf die Schwächsten. «Selbstverständlich sind auch erhöhte Anforderungen für stärkere Schüler definiert.»

Fremdsprachen bleiben Zankapfel

Eine Reduktion der Anforderungen wünscht sich der Lehrerverband insbesondere auch bei den Fremdsprachen. Allerdings hält der Lehrplan 21 bisher an zwei Fremdsprachen in der Primarschule fest. «Wir glauben, man will die Zeichen der Zeit noch nicht wahrhaben», sagt dazu Annamarie Bürkli. Sie weist auch darauf hin, dass der Kanton Luzern trotzdem nicht verpflichtet wäre,

die Vorgabe von zwei Fremdsprachen auch so zu übernehmen.

Eine Umfrage unter den Luzerner Kantonalparteien zeigt, dass die Massnahme, den Lehrplan abzuspicken, grundsätzlich unterstützt wird. «Der Lehrplan 21 ist sehr umfangreich, weshalb das schon gut ist», sagt Markus Baumann, Kantonsrat der GLP. Ein Fragezeichen setzt Baumann aber dort, wo das Niveau der Anforderungen gesenkt werden soll. «Das finde ich grundsätzlich nicht richtig.» Die Schwächsten sollten zwar gefördert werden, aber nicht zu Lasten der Starken.

«Symptombekämpfung»

Auch bei der SP ist man grundsätzlich erfreut, dass der Lehrplan entschlackt wird. «Aber die Qualität darf nicht darunter leiden», sagt Kantonsrätin Jacqueline Menzel. Was die Reduktion der Zielvorgaben anbelangt, zeigt sie zwar Verständnis. «Allerdings weckt dies auch den Anschein der Symptombekämpfung. Denn wenn man Ressourcen wie Wochenstunden oder Halbklassenunterricht zusammenstreicht, wird es auch schwierig, gewisse Lernziele noch zu erreichen.»

Kritisch ist die Haltung der FDP: Gemäss Kantonsrätin Angela Pfäffli ist Widerstand gegen zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe vorgeplant. «Aus meiner Sicht ist es deshalb unverständlich, warum man nicht auf die Vorbehalte eingeht.» Wenn man einen gemeinsamen Lehrplan entwickeln will, müsse man diese Anliegen auch ernst nehmen. «Ansonsten gibt es weiterhin nur kantonale Lösungen.»

Die CVP ist mit der Entschlackung des Lehrplans ebenfalls einverstanden. «Der Lehrplan ist sehr beladen, und die Kompetenzen weisen eine hohe Komplexität auf, weshalb sie für Lehrpersonen schwierig umzusetzen sind», sagt Kantonsrat Peter Zosso. Dass aber das Niveau in einzelnen Bereichen gesenkt werden soll, ist auch für Zosso der falsche Weg: «Wir sind nicht grundsätzlich der Meinung, dass die Anforderungen zu hoch sind. Wir müssen in gewissen

Kürzen

Der Umfang des Lehrplans soll in folgenden Fächern gekürzt werden:

Deutsch, Mathe, Fremdsprachen, Naturwissenschaften, Kunst/Musik.

Senken

Die Anforderungsziele sollen in diesen Bereichen gesenkt werden:

Musik; Natur/Mensch/Gesellschaft; Wirtschaft/Arbeit/Haushalt; Ethik/Religionen.

Entschärfen

Bei kontroversen Themen wie **Konsum, Gesellschaft oder Gender** soll die Formulierung zurückhaltender oder neutraler werden. (Das Wort Gender wird ganz gestrichen.)

tel abzuspicken: «Wichtig ist, wie die Kompetenzen in Bezug auf die Lehrmittel heruntergebrochen werden. Ob man das einfach quantitativ betrachten kann, ist schwierig zu sagen.» Frey kritisiert zudem, dass bei musischen und handwerklichen Fächern gekürzt werden soll. Bei der SVP war gestern keine Stellungnahme erhältlich.

Kritik der Wirtschaft aufgenommen

Bei den Änderungen im Lehrplan wird auch eine Forderung des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse berücksichtigt. Dieser kritisierte mit deutlichen Worten, dass der Lehrplan zu einseitig ausgelegt sei. So würde das Thema Konsum insgesamt zu stark auf die negativen Folgen reduziert. Die Ziele seien nicht alle wertneutral formuliert. Der Wirtschaftsdachverband forderte erfolgreich, dass die Sicht von Unternehmen und Produktion stärker gewichtet wird.

Bei den Parteien stösst diese Forderung entweder auf Schulterzucken oder aber auf Kritik. So sagt Jacqueline Menzel (SP): «Die Schule muss doch gerade auch zu kritischem Denken anregen, und auch nachhaltiges Denken soll Ziel der Bildung sein.» Noch deutlichere Worte kommen überraschenderweise von der wirtschaftsnahen FDP: «Selbstverständlich will Economiesuisse, dass man etwa auch im Winter Trauben kauft, weil sich das auszahlt für die Wirtschaft», sagt Angela Pfäffli. Für sie ist aber klar, dass so etwas kritisch hinterfragt werden müsse, «und natürlich unterstützen wir beispielsweise regionale Produktion. Junge Menschen benötigen eine Entscheidungsgrundlage dafür, ob sie etwa im Frühling israelische Kartoffeln kaufen wollen. Dazu müssen sie doch wissen, was das bedeutet und was sie damit unterstützen.»

Gewerbeverband unzufrieden

Der Luzerner Gewerbeverband stützt dem Wirtschaftsdachverband wiederum den Rücken: «Für uns ist diese Forderung klar und logisch», sagt Präsident Roland Vonarburg. Das Hauptanliegen des Gewerbeverbands sei hingegen auf der Strecke geblieben: «Wir bedauern sehr, dass die Berufswahlvorbereitung weiterhin zu kurz kommt.» Auch die technischen Fächer, darunter ICT (Information and Communication Technology) würden nicht genügend berücksichtigt. «Besonders hinsichtlich der Berufslehre müsste man darauf viel mehr Gewicht legen.»

Ab heute stauen sich die Autos auf dem Weg in den Süden

URI Der Ferienverkehr verlagert sich zwar zunehmend auf das Palmsonntagswochenende. Trotzdem ist in den kommenden Tagen mit langen Wartezeiten zu rechnen.

In der Osterzeit ist Stau am Gotthard so gewiss wie Schokoladenhasen. Doch die grosse Stauwelle hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr auf das Wochenende von Palmsonntag verschoben. Am vergangenen Samstag wurde eine Stauspitze von 11 Kilometern verzeichnet. «Die Tendenz setzt sich fort», sagt Damian Meier, Chef der Bereitschafts- und Verkehrspolizei Uri. «Im Vergleich zum Vorjahr haben wir nochmals einen markanten Sprung festgestellt.» In Zahlen: Fast 38 000 Fahrzeuge wollten am vergangenen Wochenende durchs Loch Richtung Süden – 10 000 mehr als 2013.



Eine lange Fahrzeugkolonne wälzt sich bei Wassen in Richtung Gotthard-Nordportal (Bild vom 17. Juli 2010).

Archivbild Manuela Jans

Gründonnerstag etwas entlastet

«Früher setzte sich alles am ersten Ferientag in Bewegung», erinnert sich Meier. «Heute merken wir vermehrt die flexiblen Arbeitszeiten und Jokertage an den Schulen.» Dadurch werde der Gründonnerstag als grosser Reisetag entlastet. Dennoch prognostiziert die Urner Polizei für die kommenden Tage Staus. Dies hauptsächlich zu den folgenden Zeiten:

- **Heute Mittwoch** soll es laut Urner Polizei bereits um die Mittagszeit den ersten Stau geben, der sich gegen Abend aber wieder auflösen dürfte.
- Am **Gründonnerstag** werden Blechlawinen vom Mittag bis in die frühen Morgenstunden des Karfreitags erwartet.
- Wenige Stunden später folgt am **Kar-**

freitag voraussichtlich eine letzte Stauwelle. «Am späteren Nachmittag des Karfreitags löst sich dann der Stau endgültig auf», glaubt Meier. «Dieses Bild hat sich nun über Jahre hinweg immer wieder gezeigt.»

Der Osterstau bedeutet Mehraufwand für die Polizei. Insbesondere für die

Dienste der Bereitschafts- und Verkehrspolizei in Göschenen sind zusätzliche Leute im Einsatz. Auf ein spezielles Lagebüro verzichtet die Polizei in diesem Jahr. Auch Drohnen der Armee werden nicht mehr benötigt. «Heute haben wir genügend Kameras, die über die ganze Strecke verteilt sind», betont Meier. Er

wird mit dem zuständigen Dienstchef in Göschenen das Staueregime überwachen. Eine wichtige Aufgabe übernimmt auch die Verkehrsmanagement-Zentrale in Emmen. Sie ist für das gesamte Verkehrsmeldewesen zuständig und kann dabei auf Unterstützung aus Uri zählen.

Die moderne Technik bereitet der Polizei aber nicht nur Freude. «Bei Staus zeigen sich die negativen Seiten der Navigationsgeräte», sagt Meier. Die Geräte lotsten die Lenker oft von der Autobahn, um den Stau auf der Kantonsstrasse zu umfahren. «Wenn zu viele Fahrer ausweichen, wird das zum Problem», so Meier. «Denn um den Zugang ins Oberland für Rettungsdienste freizuhalten, müssen wir schlimmstenfalls Autobahnausfahrten sperren.»

Platz für 820 Autos pro Stunde

Damit die Sicherheit im Gotthard-Strassentunnel gewährleistet ist, wurde 2002 das Dosiersystem eingeführt. Pro Stunde werden 1000 Autofahrten durch den Tunnel gelassen. Ein Lastwagen zählt für drei Autos. Während der Stauzeit wird pro Minute ein Lastwagen durchgelassen. Bleibt noch Platz für 820 Autos pro Stunde.

Derweilen testet die Verkehrsmanagement-Zentrale Emmen ein modernes System, das mit Hilfe von Handydaten genaue Aussagen machen kann, wie hoch der Zeitverlust im Stau ist. In Holland sind solche Systeme bereits in Betrieb. Laut Thomas Rohrbach, Mediensprecher beim Bundesamt für Strassen, kann das System bereits für den Sommer-Reisestau eingesetzt werden.

FLORIAN ARNOLD
florian.arnold@urnerzeitung.ch